

Änderungsantrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

zu **Drs 7/11501 Beschlussempfehlung und Bericht**

des Haushalts- und Finanzausschusses zum Gesetzentwurf der Staatsregierung „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024 - HG 2023/2024)“ Drs 7/10575

Thema: Einzelplan: **07** Kapitel: **04** Seite: **105**

Der Landtag möge beschließen, den Gesetzentwurf in der vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Fassung wie folgt zu ändern:

Titel: 637 05 Zuschüsse für Maßnahmen nach dem Regionalisierungsgesetz

2023	in TEuro	2024
658.782,6	SOLL neu	815.791,3
150.000,0	+/-	300.000,0
508.782,6	SOLL alt	515.791,3

Deckungsvorschlag: Deckung zu Lasten Gesamthaushalt

Begründung:

Im Mai legte DIE LINKE ein Gesetz zur Verbesserung der Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Freistaat Sachsen (ÖPNV-für-alle-Gesetz, Drucksache 7/9942) vor. Die hohe Nachfrage nach dem 9-Euro-Ticket und die Ankündigung das Projekt mit einem 49-Euro-Ticket weiterzuführen zeigt: Die Bevölkerung hat Lust auf Bus und Bahn, wenn sie kostengünstig nutzbar sind. Doch was nützt am Ende ein bezahlbares Ticket, wenn die Straßenbahn überfüllt ist oder kein Bus fährt? Genau hier legen wir den Finger in die Wunde. Wir wollen einen Mindestbedientakt für alle sächsischen Gemeinden mit regulärem ÖPNV-Angebot und damit eine Mobilitätsgarantie für alle gesetzlich regeln.

b.w.

Dresden, 14.12.2022



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Unser Weg dahin? 1 Milliarde für den ÖPNV! Ein erheblichen Anteil dafür leistet bereits der Bund, weitere Mittel werden für das 49€-Ticket folgen. Dieses Geld wollen wir für eine Kofinanzierung, sowie den Ausbau von Sozialtarifen nutzen. Die Lücke zur geforderten Milliarde liegt aktuell bei ca. 300 Millionen Euro. Diese muss Sachsen nun schließen.